gorien Klarheit zu verschaffen, deren Verwendbarkeit und gegebenenfalls Modifizierung im Hinblick auf die Besonderheiten Rußlands zu überdenken. Donnert hat sich diese Mühe nicht gemacht. Damit ist er deutlich unter dem Standard geblieben, den marxistische Historiker wie G. Sacke oder einige seiner Kollegen in der UdSSR und der DDR erreicht haben.

Tübingen

Bernhard Schalhorn

Matthias Rest: Die russische Judengesetzgebung von der Ersten Polnischen Teilung bis zum „Polozenie dlja evreev“ (1804). (Veröff. des Osteuropa-Institutes München, Reihe: Geschichte, Bd 44.) In Kommission bei Otto Harrassowitz. Wiesbaden 1975. VII, 296 S.

Bei der Arbeit von Matthias Rest handelt es sich um eine Münchener Dissertation (bei Georg Stadtmüller), die im Februar 1970 vorgelegt worden war und „aus beruflichen Gründen“ — wie der Vf. im Vorwort mitteilt — nicht „fortgeschrieben“ wurde. Letzteres ist zwar zu bedauern, weil dadurch einige Mängel im Bereich der Lesbarkeit des Textes und hinsichtlich der Gliederung des Stoffes nicht beseitigt worden sind, eine fühlbare Lücke bei der Auswertung der neuesten Fachliteratur ist jedoch nicht zu verzeichnen.¹ Natürlich sollte es im Titel richtig „Erste Teilung Polens“ heißen, wie es gewöhnlich im Text zutreffend formuliert wird.

Der Vf. stützt sich auf die russischen Quelleneditionen, namentlich auf die monumentale „Polnoe sobranie zakonov Rossijskoj imperii“ [Vollständige Sammlung der Gesetze des Kaiserreichs Rußland], St. Petersburg 1830 ff. Die russischsprachige Sekundärliteratur wird ebenfalls in einem reichlichen Umfang herangezogen, während die polnischsprachige unberücksichtigt bleibt. Nichtsdestoweniger kann man R. bescheinigen, daß er über einen ausreichend breiten Fundus an Quellen verfügt, um die Intentionen der russischen Judenpolitik im betreffenden Zeitraum aufzuspüren.

Einleitend wird die Lage des Judentums in Polen-Litauen vor der Ersten Teilung dargelegt. Die Frage der Eingliederung der Juden in das polnisch-litauische Staatswesen ist nach Auflösung der zentralen und überregionalen jüdischen Selbstvertretungs- und Verwaltungsorgane (Waadim 1764) offen geblieben und konnte auch nicht während der Reformperiode im verkleinerten Reststaat geregelt werden. Diese unsichere Rechtslage wurde zunächst — dem damaligen Usus entsprechend — im Annexionsmanifest („Plakat“) Katharinas II. vom 16. August 1772 bestätigt. Nach R.s Darstellung waren bis 1786 innerhalb der leitenden staatlichen Zentralbehörden starke Bestrebungen vorhanden, die auf eine Gleichstellung der Juden mit der christlichen Bevölkerung in den Städten abzielten. Die Juden sollten sich in die Gilden der Kaufleute und der übrigen Klassen der Stadtbevölkerung gemäß der Städteordnung vom 21. April 1785 eintragen. Obwohl R. die seit 1783 anzutreffenden Versuche, die auf dem Lande ansässigen Juden in die Städte umzusiedeln, der russischen Restriktionspolitik nach 1791 zuordnet, als jene Versuche äußerst nachdrücklich, aber erfolglos unternommen wurden, könnte der Ursprung dieses Vorhabens wohl im Zusammenhang mit der angestrebten rechtlichen und steuerlichen Gleichstellung stehen. Dies ist jedenfalls die logische Konsequenz aus der Sachlage, da eine Angleichung des ländlichen Judentums an die leibeigene christ-

1) B. D. Weinryb: The Jews in Poland. A Social and Economic History of the Jewish Community in Poland from 1100 to 1800, Philadelphia 1973 (besprochen in: ZfO 25, 1976, S. 148 ff.), geht auf die hier interessierende Fragestellung nicht ein.

liche Bauernschaft von der Staatsführung ausdrücklich außer Betracht gelassen wurde.

Weitere Schwerpunkte der Arbeit bilden die Entstehung des jüdischen Ansiedlungsrayons (1791), dem 1799 auch Kurland angeschlossen wurde, die Doppelbesteuerung der Juden unter ausdrücklicher Ausnahme der Karäer (1794) und schließlich die Vorbereitung und Durchführung des „položenie dlja evreev“ [Regulativ für die Juden] vom 9. Dezember 1804. In einem Anhang werden rd. 20 Ukase, Berichte, Verordnungen u. ä., darunter besonders das erwähnte Regulativ in deutscher Übersetzung, dokumentiert. Literaturverzeichnis und Register schließen den Band ab.

Das selbstgesteckte Ziel des Autors ist nicht die Untersuchung der praktischen Durchführung der einzelnen Bestimmungen, sondern eine Deutung der Intentionen des russischen Gesetzgebers. Solche Versuche sind der Gefahr ausgesetzt, daß einige Thesen und Interpretationen mit der historischen Wirklichkeit nicht vereinbar sind, wenn diese auf unzutreffenden Voraussetzungen basieren oder einfach zu freimütig ausgelegt werden. Als Beispiel hierfür sei die Auslegung des Annexionsmanifests von 1772 genannt. In diesem Manifest werden allen Bewohnern („Untertanen“) der Rußland angegliederten Gebiete ihre bisherigen Privilegien und Freiheiten garantiert. Daraus schließt der Vf.: „In der allgemeinen Rechtsstellung wurde für die jüdische Gruppe — bis auf eine noch zu erwähnende Ausnahme [= Frage der Eidesleistung] — kein Unterschied zur Gesamtbevölkerung gemacht. Hinsichtlich der Juden ist somit der tatsächliche Effekt des ‚Plakats‘ in ihrer formalrechtlichen Anerkennung als russische Staatsbürger zu sehen; die betonte Hervorhebung bekräftigte dies gegen jede Anzweiflung“ (S. 47). Der erste Einwand lautet: eine allgemeine Bestätigung der verschiedenartigen Rechte für die einzelnen Stände kann keineswegs bedeuten, daß kein Unterschied zwischen diesen Ständen gemacht worden ist. Zweitens ist es verfrüht, den Begriff „Staatsbürger“ für jene Zeit zu verwenden, der im europäischen Bereich erst im Laufe des 19. Jhs. allmählich eingeführt wurde. Es gab damals (vor der Französischen Revolution!) lediglich Stadt-Bürger, daher wurde im Manifest für den gesellschaftlichen Gesamtbestand des Staates durchweg das Wort „Untertanen“ gebraucht. — Weiterhin ist der Rezensent der Meinung, daß ein etwas verzerrtes Bild entsteht, wenn man pauschal von „Rechtslosigkeit“ (S. 94) sowie „faktischer Entrechtung“ (S. 107 und Anm. 153) der Juden in Polen-Litauen vor der Ersten Teilung redet. In der Tat waren die Juden verbreitet der Willkür der städtischen, kirchlichen und mitunter auch adligen Ortsgewaltigen unterworfen, die Verhältnisse waren aber oft widersprüchlich; es fanden sich in einer Vielzahl von Fällen auch Fürsprecher für die Juden.

Im ganzen verdient die Arbeit trotz obiger Einwände wegen ihres Quellenreichtums Beachtung. Sie stellt einen Beitrag zur Erforschung der Geschichte des Ostjudentums im bisher wenig erhellten Zeitraum in der Übergangszeit zwischen der Ersten Teilung Polens und dem Wiener Kongreß dar. Ähnliche Studien wünschte man sich für die preußischen und österreichischen Teilbereiche der ehemaligen Adelsrepublik.

Marburg a. d. Lahn

Csaba János Kenéz

Eberhard Schütz: Die europäische Allianzpolitik Alexanders I. und der griechische Unabhängigkeitskampf 1820—1830. (Veröff. des Osteuropa-Institutes München, Reihe: Geschichte, Bd 43.) In Kommission bei Otto Harrassowitz. Wiesbaden 1975. VII, 153 S.